



HESSISCHER LANDTAG

26. 04. 2018

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Fachkräftesicherung in Hessen setzt auf Aus- und Weiterbildung, spricht weitere Zielgruppen an und öffnet den Arbeitsmarkt für Zugewanderte

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht, dass Hessen eines der wirtschaftsstärksten Bundesländer Deutschlands ist. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auf dem historischen Höchststand, auch die Zahl der arbeitslosen Menschen ist auf dem niedrigsten Stand seit 37 Jahren. Der Landtag unterstützt die Landesregierung daher darin, weiterhin für gute Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt zu sorgen und somit für Wohlstand in der Bevölkerung zu arbeiten.
2. Der Landtag betont, dass die Fachkräftesicherung originär eine Aufgabe der Wirtschaft ist. Die Landesregierung unterstützt die Unternehmen bei der Fachkräftesicherung durch die Fachkraftoffensive, der eigenen Stabsstelle im Sozialministerium für die Fachkräftesicherung und wird auch weiterhin dafür arbeiten, dass möglichst viele Menschen den Zugang zu einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis finden. Die Landesregierung in Hessen setzt dabei auf einen Strategiemix aus Aus- und Weiterbildung, potenzialorientierter Arbeitsmarktpolitik und Internationalisierung als Standortfaktor. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits früh auf den drohenden Fachkräftemangel reagiert hat und viele verschiedene Maßnahmen initialisiert hat, um mehr Fachkräfte für den hessischen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, dass auch verschiedene Zielgruppen in den Blick genommen werden, um so deren unterschiedlichen Bedürfnisse entsprechend zu berücksichtigen.
4. Der Landtag unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung durch das Hessische Gleichberechtigungsgesetz und dem starken Ausbau der Kindertagesbetreuung die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere fördert. Frauen und Männer mit Kindern werden dabei unterstützt, ihr Familienleben mit den beruflichen Anforderungen vereinbaren zu können. Somit können sie weiterhin ihr Wissen als Fachkräfte einbringen. Gerade weibliche Arbeitnehmerinnen arbeiten überdurchschnittlich oft in Teilzeitarbeitsverhältnissen, die sich immer noch hinderlich auf das berufliche Fortkommen auswirken können. Durch neue Fördermöglichkeiten, wie etwa das Führen in Teilzeit, wurden den Behörden neue Mittel zur Hand gegeben, um gezielt Frauen als Fachkräfte zu fördern.
5. Der Landtag begrüßt, dass auch Menschen mit Behinderung dabei unterstützt werden, in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zu arbeiten. Mit den Mitteln zur Ausgleichsabgabe wird das "Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen II" gefördert. Menschen mit einer schweren Behinderung werden dabei unterstützt, auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das ist ebenso ein wichtiger Schritt für die Inklusion und bedeutet eine hohe Wertschätzung behinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
6. Der Landtag betont, dass auch Zugewanderte und Geflüchtete in den hessischen Arbeitsmarkt als Fachkräfte integriert werden. Durch Ausbildungsprogramme wie "Wirtschaft integriert" ist es gelungen, eine beispielhafte Förderkette zu bilden, die junge Geflüchtete bei ihrer Qualifizierung für den Arbeitsmarkt unterstützt. Auch das Aussetzen der Vorrangprüfung, die bisher eine frühe Arbeitsmarktintegration verhinderte, ist beispielhaft für das Bemühen der Landesregierung, neu zugewanderte Menschen als Fachkräfte zu gewinnen. Ebenso gehören die Modellprojekte zur Altenpflegehilfesausbildung dazu und eigene Plattformen wie "Work in Hessen", um auch international für den Standort zu werben.

7. Der Landtag stellt fest, dass auf Bundesebene die Regelungen für die qualifizierte Fachkräfteinwanderung novelliert werden sollen und damit qualifizierte Fachkräfte unterstützt werden, ihr Wissen und ihre Erfahrung auf dem hiesigen Arbeitsmarkt einzubringen. Der Landtag unterstützt die Bestrebungen auf Bundesebene, die Regelungen zur Fachkräfteinwanderung zu überprüfen und zu erneuern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 26. April 2018

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)